

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 06 19. März
1997

➔ **„Bedrohliches Signal“** Seite 2

Trotz Stimmenverlusts konnten die „Republikaner“ und die NPD bei den hessischen Kommunalwahlen am 2. März örtlich beachtliche Einzelergebnisse erzielen. Die Verfassungsschützer bewerten das Abschneiden der extremen Rechten als Warnzeichen.

➔ **Braune Vernetzung** Seite 5

Die rechtsextremistische Szene hat durch das Thule-Netz weltweit einen direkten Draht zu militanten Undergroundkämpfern und Holocaust-Leugnern. Deutsche Neonazis nutzten für ihre Aktivitäten heimlich den Internet-Zugang eines Münchner Computerzeitschriften-Verlages.

➔ **Unbotmäßige Parlamentarier** Seite 12

Den tschechischen „Republikanern“, die mit acht Sitzen im Parlament vertreten sind, droht möglicherweise ein Parteiverbot.

➔ **Die amerikanische Rechte** Seite 13

Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie hat ein Buch über die Protagonisten der „konservativen Revolution“ in Amerika verfaßt. Gemeinsames Feindbild dieser doch recht unterschiedlichen Strömungen ist der starke Bundesstaat, das „Big Government“.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 16 41, Fax 25 99 16 54

Rechtsextreme bei den Kommunalwahlen „vierte Kraft“:

„Bedrohliches Signal“

Im Landesdurchschnitt Verluste für REP und NPD, örtlich jedoch spektakuläre Erfolge für die Rechtsextremen und alles in allem ein sich offenbar verfestigender brauner Bodensatz in Großstädten wie auf dem Land - das Fazit der hessischen Kommunalwahlen am 2. März. Zu Entwarnung besteht nach dem Rückgang der REP um 1,7 auf 6,6 Prozent und dem um 0,1 auf 0,5 Prozent bei der NPD kein Anlaß, im Gegenteil.

Die „Republikaner“ konnten gegenüber der Bundestagswahl 1994 (mit 2,4 Prozent der Stimmen) und der Landestagswahl 1995 (2,0) über vier Prozentpunkte zulegen. In drei Großstädten gehören sie auch jetzt wieder dem Kommunalparlament an: in Frankfurt (mit 6,2 statt 9,3 % vor vier Jahren), Offenbach (10,8/15,1) und der Landesmetropole Wiesbaden (9,9/13,1). Ihr landesweit bestes Resultat erzielten sie in Stadtallendorf im Landkreis Marburg-Biedenkopf, einer Kommune mit einem Ausländeranteil von 25 und einer Arbeitslosenquote von 13 Prozent; hier kamen sie auf 16,9 Prozent, 0,8 mehr als 1993. In der 85 000-Einwohner-Stadt Hanau, wo ebenfalls Arbeitslosigkeit, Stadtviertel mit vielen Ausländern sowie Wohnungsnot für Spannungen sorgen, konnten die REP ihren schon vor vier Jahren hohen Stand von 14,0 Prozent noch um ein halbes Prozent steigern. Hohe REP-Quoten auch in den Rheingau-Städtchen Eltville (aus dem Stand 12,8 %) und Geisenheim (8,9 nach 12,0 bei der letzten Kommunalwahl), ferner in der einstigen sozial-demokratischen Musterstadt Dietzenbach im Südosten von Frankfurt, mit 13,4 Prozent beim ersten Anlauf. In der südhessischen Atomgemeinde Biblis wuchs die Partei um 1,3 Punkte auf 14,8 Prozent.

In Kassel flogen die REP mit 4,6 Prozent (1993: 5,4) aus dem Stadtparlament, und gar nicht erst angetreten waren sie in Darmstadt (die NPD holte hier, bei ihrem ersten Start, 3,3 Prozent) - trotzdem konnte sich der hessische REP-Landesvorsitzende, der ehemalige Christdemokrat Haymo Hoch, brüsten: „Wir sind keine Eintagsfliegen mehr.“ Man hielt sich in 16 von 21 Landkreisen, zum Teil mit beträchtlichen Prozenten, etwa im Main-Kinzing-Kreis (10,2/1993:

12,4), im Kreis Waldeck-Frankenberg (9,0/7,8), Marburg-Biedenkopf (8,6/9,2), Bergstraße (7,5/9,6), Groß-Gerau (7,3/9,7) und Offenbach (7,2/9,2). Von 13,2 auf 7,6 Prozent rutschten die REP im Rheingau-Taunus-Kreis ab, in ihrer 93er Hochburg, doch der Rheingau bleibt anfällig, wie die Beispiele Eltville und Geisenheim zeigen.

Ergebnis von 30 Prozent

Eine stabile Basis haben die Rechtsaußen-Parteien nach wie vor auch in Mittelhessen, wo im ehemaligen Dillkreis schon in den dreißiger Jahren, dann in der Phase des NPD-Aufmarschs Ende der Sechziger und wieder 1993 überdurchschnittlich braun gewählt wurde. Durchweg zweistellige Ergebnisse erzielten hier jetzt die REP oder die beiden rechtsextremen Parteien zusammen, wobei der Stadtteil Haiger-Langenaubach an der nordrhein-westfälischen Landesgrenze mit fast 30 Prozent (19,8 für die REP, 10,0 für die NPD) den Vogel abschoß. Etwas weiter südlich machten diesmal gleich zwei Lahn-Dill-Gemeinden dem schon seit langem als „braunes Dorf“ Aufsehen erregenden Wölfersheim (Wetteraukreis) die Position des Vorreiters streitig: Ehringshausen mit einer Steigerung von 13,6 auf 22,9 Prozent NPD-Stimmen, Leun mit einem Anstieg von 17,8 auf 21,5 Punkte für die NPD - wobei in beiden Fällen die Gemeindestimmen der CDU übertroffen wurden. In Ehringshausen ist die stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Doris Zutt aktiv, die vor vier Jahren mit Stimmen der CDU und der Freien Wähler zur Vorsitzenden des örtlichen Umweltausschusses gewählt wurde. Sie „dominiert mit ihrer Fraktion die örtlichen Themen“, so die Frankfurter Rundschau. „Bei jedem Fest und kommunalen Ereignis präsent, verfaßt die NPD zu vielerlei Themen Flugblätter. Die demokratischen Parteien hatten dem bisher wenig entgegenzusetzen. Was vor allem die SPD zu spüren bekam: Sie verlor 7,7 Prozent.“

Wölfersheim wurde seinem fragwürdigen Ruf erneut gerecht und erhöhte den NPD-Anteil von 20,9 auf 22,7 Prozent. Schon 1991 hatten über 200 Einwohnerinnen und Einwohner in einer Zeitungsanzeige „allen ausländischen Mitbürger/innen unser Bedauern über das Wahlverhalten in der Gemeinde Wölfersheim“ ausgesprochen - am Rechtsdrall der Kommune änderte sich nichts.

Andernorts scheiterte die NPD, so zum Beispiel im osthessischen Bad Hersfeld (hier hatte sie in der letzten Legislaturperiode für einen Augenblick im

Rampenlicht gestanden, als sich mit ihrer Hilfe ein 24 Stunden vor der Bürgermeisterwahl aus der CDU ausgetretener Kandidat zum Stadtoberhaupt hatte wählen lassen). Im Kreis Darmstadt-Dieburg fiel die NPD von 5,9 auf 2,2 Prozent.

Die 1993 vielfach höheren REP- und NPD-Quoten sieht der Wiesbadener Wahlforscher Konrad Schacht vor dem Hintergrund der damals „zugespitzten Asyldebatte“. Daß die rechtsextremen Parteien in den vier Jahren seither nur durch Querelen, Parteiaustritte und Affären aufgefallen und trotzdem in zahlreichen Landkreisen, Städten und Gemeinden wieder gewählt wurden, wertet er als „bedrohliches Signal“. Sie verfügen inzwischen sowohl in den Großstädten Offenbach, Frankfurt

und Wiesbaden als auch in ländlichen Regionen wie Rheingau und Mittelhessen über eine „stabile Position“, auf Protest- wie auf Gesinnungswähler bauend. Für den hessischen Verfassungsschutz „verdichtet sich der Eindruck“, daß die Partei der „Republikaner“ sich nicht mehr allein auf Protest-, sondern auch auf „feste Stammwähler“ stützen kann. Auch die Verfassungsschützer bewerten das Abschneiden der Rechtsaußen als Warnzeichen. Ihr Fazit: „Sie haben sich als vierte Kraft im politischen Spektrum etabliert“. Für den Sozialwissenschaftler Schacht vor allem Anlaß zur Empfehlung, Unzufriedenheit, Sorgen und Ängste, die in Stimmen für rechtsextreme Parteien (oder Wahlverzicht) zum Ausdruck kommen, ernst zu nehmen und durch überzeugende Politik zu beantworten. Adolf Salzer

Mobilmachung gegen Wehrmachtsausstellung

Rechtsextreme zeigen Flagge

Knapp 5.000 Rechtsextremisten demonstrierten in München am 1. März gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Angemeldet hatten den braunen Aufzug in München die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Über 10.000 Menschen beteiligten sich an Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Nazi-Aufmarsch in München.

Mit 4.000 bis 5.000 Teilnehmern übertraf der Münchner Aufmarsch deutlich die „Rudolf-Hess-Gedenkmärsche“, bei einem vergleichbaren Publikum, der frühen 90er Jahre. In Wunsiedel, Bayreuth und Rudolstadt hatten in den Jahren 1990 bis 1992 bis zu 2.500 Rechtsextremisten an den braunen Manifestationen anläßlich des Todestages von Rudolf Hess teilgenommen. Zuletzt gab es eine solche große rechtsextremistische Kundgebung in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1970. Damals hatte anläßlich des Treffens zwischen dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerpräsident Willi Stoph in Kassel die 1969 vom Herausgeber der Zeitschrift „MUT“, Bernhard C. Wintzek (53), gegründete „Gesamtdeutsche Aktion“ mobilisiert. Das gesamte rechtsextreme Lager folgte dem Aufruf nach Kassel. Im

Herbst 1970 erfolgte im Anschluß an die Kasseler Aktion in München die, letztlich erfolglose, Gründung der „Aktion Widerstand“. Die „Aktion Widerstand“ war der „Versuch einer Einheitsfront nahezu des gesamten rechtsextremen Lagers“ (Dudek/Jaschke). Neben der legalistischen NPD beteiligten sich auch militante, neonazistische Aktivisten, vornehmlich jüngerer Jahrgänge. Das fragliche Bündnis hielt indes nicht lange und konnte auch nicht den Abstieg der NPD in die parlamentarische Bedeutungslosigkeit aufhalten.

Jetzt versuchte die NPD mit der Mobilmachung für München den jahrzehntelangen Abstieg umzukehren. Nahziel ist die flächendeckende Teilnahme an der Bundestagswahl im kommenden Jahr. Dazu gehört neben anderem auch Personal, das einen Wahlkampf führen kann. Die derzeitige Mitgliederzahl der NPD, laut aktuellem Verfassungsschutzbericht bei 4000, liegt unter der Anzahl der rechten Marschierer von München.

Die Neonazi-Avantgarde

Unter den Demonstrationsteilnehmern waren neben zahlreichen Funktionären der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ und der „Jungen Nationaldemokraten“ auch Kader und Aktivisten von verbotenen neonazistischen Organisationen. In den ersten Reihen des Zuges befanden sich neben dem JN-Bundesvorsitzenden Holger Apfel (25) der JN-Bundespressesprecher Klaus Beier, der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende und nordrhein-westfälische Landeschef Achim Etzer, Michael Wendland (27), Vorsitzender des rund 40 Mitglieder starken JN-Landesverbandes Baden-Württemberg, der ehemalige langjährige JN-Bundesvorsitzende Karl-

Heinz Sendbühler (39), aber auch Christian Hehl (27), zuletzt rheinland-pfälzischer Funktionär der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“. Der Münchner Neonazi Michael Swierczek (35), ehemaliger Bundesvorsitzender der verbotenen „Nationalen Offensive“ (NO), marschierte zusammen mit Thorsten de Vries (35) vom illegalen „Deutschen Kameradschaftsbund“ (DKB) aus Wilhelms- haven. Beide gehörten in der Vergangenheit schon der NPD bzw. den JN an. Zu den Teilnehmern der Wehrmachts-Demonstration zählte auch der Rechts- anwalt Konrad Hoffmann, „Präsident der Vereinig- ten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich“ (VLDO) und der „Nationalversammlung des Deutschen Ostens“ (NDO), der im vergangenen Jahr an der Jahreshauptversammlung der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefange- ne und deren Angehörige e.V.“ als Redner teilnahm. Zu den in München angetretenen Organisationen gehörte neben anderen der fränkische „Freiheitliche Volksblock“ (FVB), der von dem ehemaligen Akti- visten der „Nationalistischen Front“ (NF) Thomas Scharf gegründet wurde. Den Ordnerdienst leitete mit Jens Pühse ein ehemaliger Kader der verbotenen NF, der inzwischen dem Bundesvorstand der „Jun- gen Nationaldemokraten“ angehört.

Der Demonstrationzug der Rechten erreichte den angemeldeten Ort der Abschlußkundgebung, den Marienplatz, nicht. Der gesamte Platz vor dem Münchner Rathaus, in dessen Räumen die Ausstel- lung bis Anfang April gezeigt wird, wurde kurzer- hand von Gegendemonstranten „besetzt“. Der ursprünglich für die rechte Abschlußkundgebung reservierte Teil des Marienplatzes erwies sich über- dies als zu klein. Statt der erwarteten 2.500 waren fast doppelt so viele Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet nach München angereist. Aus einem Fenster der Fraktionszimmer der Grü- nen im Rathaus wurde die Parole „Kein Nazi AufM Arsch in München“ entrollt. Andere Gegendemon- strationen schnitten dem „gespenstischen Zug“ (Münchens OB Christian Ude) den gewünschten Weg zum zentralen Marienplatz ab. Insgesamt waren rund 10.000 Personen aus verschiedenen

politischen Lagern unterwegs. Mit Parolen wie „Stoppt die Rechten“ und „Gegen die schwarz- braune Koalition von CSU & Nazis!“ zogen sie durch die Münchner Innenstadt. Die Abschluß- kundgebung des rechtsextremen Marsches mußte deshalb unter Polizeischutz im Tal, eine Straße wenige hundert Meter vom Marienplatz, stattfin- den. Die anwesenden Polizeikräfte bemühten sich in der Zwischenzeit, die beiden Gruppen auseinan- derzuhalten. Nach der Abschlußkundgebung begleiteten Polizeikräfte die über 4.000 Rechtsex- tremisten bis zum Isartor, wo sie etappenweise in ihre rund 40 Reisebusse gesetzt wurden.

Die Polizei nahm am Samstag, den 1. März, 76 Personen fest, darunter 43 Angehörige der rechten Szene. Weitere 60 Personen, zumeist Rechtsradi- kale, wurden bei der An- und Abreise vor München aus dem Verkehr gezogen. In Berlin fanden Poli- zeibeamte bei der Überprüfung von fünf Reisebus- sen in einem Bus eine russische Panzermine, Zün- der, Eisenstangen, Baseballschläger und Messer. Sieben Rechtsextremisten wurden festgesetzt. Vier Busfahrer verweigerten daraufhin die Fahrt in die bayerische Landeshauptstadt München. Am Abend nach der Kundgebung trafen sich zahlreiche Rechtsextremisten noch zu einem „Kamerad- schaftsabend“ im Münchner Stadtteil Laim. Angekündigt war ein Konzert mit dem 32jährigen „nationalen Barden“ Frank Rennicke.

Anläßlich der Ausstellungseröffnung in München hatten bereits am 24. Februar der Ultranationalist Alfred Mechtersheimer (57) und seine „Deutsch- land-Bewegung“ mit ihrer „Anti-Diffamierungs- aktion“ demonstriert. Der Münchner CSU-Bundes- vorsitzende und Landtagsabgeordnete Peter Gau- weiler (47) sowie zahlreiche Mitglieder der CSU und der „Jungen Union“ legten aus Anlaß der Aus- stellungseröffnung am Mahnmal des Unbekannten Soldaten einen Kranz nieder. Die ganze Woche über agitierten die altbekannten Neonazis Manfred Roeder (68) von der „Deutschen Bürgerinitiative“ und Friedhelm Busse (68), letzter Bundesvorsit- zender der 1995 verbotenen FAP, gegen die Wehr- machtsausstellung.

Sönke Braasch

IMPRESSUM

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:

Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 2599 1641, Fax 2599 1654

Redaktionsleitung:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:

DAVIS BONN GmbH

Druck:

Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Datenverbindung zu den Holocaust-Leugnern

Braune Experten vom Fach

Das neonazistische Thulenetz wird zielstrebig zum Sprungbrett in den weltweiten Untergrund ausgebaut./ Deutsche Neonazis nutzten für ihre Aktivitäten heimlich den Internet-Zugang eines Computerzeitschriften-Verlages. Drahtzieher war dabei ein Münchner Software-Redakteur.

Unauffällig frönt er bei der Computerzeitschrift „Amiga“ seinem „Hobby“: Redakteur Ralf Kottcke liebt Kampf- und Söldnerspiele. „Was gibt's Schöneres als ein deftiges Prügelspiel?“ fragt der Spezialist für Computer-Games zum Beispiel bei der Rezension des Computerspiels „Fightin' Spirit“. Kottcke, der Mann fürs Grobe, liebt die „zünftige Monsterhatz“ und „beeindruckende“ Kampfschreie. „Metzel-Computerspiele“ nennt er sie selbst. So outet er sein Hobby auf der Homepage beim Münchner MagnaMedia-Verlag. Doch die martialischen Allüren des Software-Redakteurs sind nicht alles: Leidenschaftlich engagiert er sich auch in Deutschlands braunem Sumpf.

Auftrag für „Eichenschild“

Als „Thorin Eichenschild“ führt er seit Jahren ein geheimes Doppelleben in der deutschen Neonazi-Szene. Unter diesem Tarnnamen betreibt er als „Sysop“ (Systemoperator) die „Janus BBS“-Mailbox in München. Diese ist dem Bayerischen Verfassungsschutz bestens bekannt: Regelmäßig wird sie im Verfassungsschutzbericht als Münchner Filiale des neonazistischen „Thulenetz“ aufgeführt. Im Thulenetz tauschen die militantesten Protagonisten des braunen Sumpfes mittels modernster Technologie Informationen aus und koordinieren ihre Aktivitäten. Funktionäre und Anhänger rechtsextremistischer Parteien haben hier Informationsforen. Ihr Ziel: die Verfestigung von Kontakten „nationaler“ Gruppierungen. Zu den „Promis“ gehörte beispielsweise auch der Ex-NPD-Chef Günter Deckert, der unter anderem wegen Aufstachelung zum Rassenhaß derzeit eine zweijährige Haftstrafe verbüßt. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz warnt vor dem Thulenetz: „Die fehlenden Strukturen der Neonazi-Szene werden durch die fast lückenlose infor-

mationelle Vernetzung ihrer führenden Aktivisten wettgemacht.

„Nationaler Kulturkrieg“

Im Neonazi-Netz mischt auch der Sysop der „Janus BBS“, Ralf Kottcke, fleißig mit. Nach außen hin gibt sich der Mailboxer harmlos: Zwar wolle man sich „für die nationalen Interessen Deutschlands“ einsetzen und „einen Kulturkrieg gegen sämtliche Entwurzelungskräfte“ führen, jedoch: „Die Janus BBS ist keine Nazi-Box.“ Diese förmliche Distanzierung ist eine rein taktische Rücksichtnahme: Um der Strafverfolgung zu entgehen, gibt „Eichenschild“ alias Kottcke den Rat, das „Leugnen der Judenvernichtung“ zu unterlassen: „Es besteht kein Anlaß, den Behörden einen willkommenen Vorwand für Aktionen zu geben.“

Kenner mit tiefem Einblick in das rechtsradikale Milieu halten den Münchner Mailbox-Betreiber für eine Art technischer Oberguru des Thulenetzes: „Er ist in Computer-Fragen eine der dominanten Schlüsselfiguren“, so ein Experte. Er soll sogar der Mann sein, der die Verschlüsselung des Thulenetzes (mittels PGP) zum Austausch geheimer Nachrichten der inneren Führungsebene organisiert. Seit neuestem sind die Neonazis auch international zugange.

Im Juni 1996 übernahm „Eichenschild“ den Auftrag, das rechtsextremistische Thulenetz ins Internet zu bringen. Heimlich, still und leise, so ergaben Recherchen des in München erscheinenden Computer-Magazins CHIP, wurde am 27. Juni 1996 beim kanadischen Web-Seiten-Discounter „ICA Canada Online, Inc.“ in Toronto die neue Internet-Domain des Thulenetzes (Thulenet.com) eingerichtet. Als Inhaber firmiert in Kanada die Münchner Mailbox „Janus Kommunikation“. Verantwortlicher Administrator ist Ralf Kottcke. Das belegt eine sogenannte Whois-Abfrage bei der Internic, der Dachorganisation des Internet, bei der alle Web-Angebote registriert werden. Dabei stellte sich außerdem heraus, daß der Redakteur dort ganz offiziell mit seiner beruflichen E-Mail-Adresse ralf@magnamedia.de eingetragen ist.

Interessierte, die mit dem Betreiber der Thulenet-Domain via Internet Kontakt aufnehmen, landeten also nicht in einem E-Mail-Postfach des braunen Sumpfes, sondern auf dem Netzserver des MagnaMedia Verlags. In welchem Ausmaß der Münchner Computer-Verlag für die Internet-Aktivitäten der Neonazis genutzt wurde, ist unklar. Doch die Frage drängt sich förmlich auf, ob nicht seit einem halben

Jahr das neonazistische Thule-Internet-Angebot heimlich über den Account des MagnaMedia Verlags gewartet wurde.

Bei MagnaMedia herrscht Betroffenheit: „Wir distanzieren uns total von solchen Aktivitäten“, erklärte der Vorstandsvorsitzende des MagnaMedia Verlags, Carl-Franz von Quadt. Nachdem man Mitte Dezember 1996 auf die Neonazi-Aktivitäten aufmerksam geworden sei, habe man den rechtsradikalen Redakteur noch am selben Tag entlassen. Quadt: „Keiner hat bei MagnaMedia wirklich etwas vom Treiben des Redakteurs gewußt.“

Daß niemandem das doppelte Spiel des Redakteurs aufgefallen sein soll, scheint zweifelhaft: Ehemalige Verlagsmitarbeiter erklärten, daß sie schon vor zwei Jahren auf den Neonazi bei „Amiga“ aufmerksam geworden seien. Kottcke soll damals unter anderem durch ausländerfeindliche Plakate in seinem Büro aufgefallen sein.

Link zur IRA

Mit den Thulenetzen Aktivitäten im Internet kommt die internationale Vernetzung der rechtsextremen Szene einen Riesenschritt voran: Bislang waren die Vertreter des braunen Gruselkabinetts mit ihren Mailboxen weitgehend von der Öffentlichkeit isoliert. Via Internet verbreiten die Rassenfanatiker, Verteidiger „Großdeutschlands“ und heimlichen Auschwitz-Leugner ihre Propaganda an ein Millionenpublikum.

Viel schwerwiegender ist jedoch noch, daß Rechts-extremisten die Thulenetzen-Seiten im Internet zielstrebig zu einer Plattform ausbauen, die direkt in den militanten braunen Untergrund führt. Web-Administrator Kottcke hat beispielsweise einen Link auf die Homepage der Sinn-Fein-Partei in der britischen Provinz Nordirlands gelegt. Von dort aus kann jeder die aktuellen Statements der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) abrufen. Die IRA-Connection hat bei den braunen Kameraden Tradition: Neonazis der seit 1992 verbotenen „Deutschen Alternative“ treffen regelmäßig mit den militanten irischen Nationalisten zu Gesprächen zusammen und pflegen Kontakte zur Sinn-Fein-Basis. Ziel der Treffen: die „Schaffung einer nationalrevolutionären Kampffront in Europa gegen den Imperialismus“. Als „Sicherheitsexperte“ der verbotenen Organisation galt kein anderer als Thulenetzen-Sysop Kai Dalek („Kraftwerk BBS“) aus Weißenbrunn. Unter dem Pseudonym „Undertaker“ (Beerdigungsunternehmer) speiste er Texte der irischen Nationalisten ins Thulenetzen ein und empfahl sie seinen Gesinnungsgenossen zur Pflichtlektüre.

Ein Link von Kottcke führt auch zu strafbaren Internet-Seiten. Beispielsweise zu „Stormfront“, dem US-amerikanischen Zentralorgan der nationalistischen Rechten (Motto: „White Pride - World Wide“). Stormfront-Chef Don Black war einer der führenden Köpfe der „Knights of the Ku Klux Klan“. Dort liegen in einer Grafikbibliothek massenhaft Hakenkreuzbilder, NSDAP-Abzeichen, SS-Runen und SS-Totenkopf-Abzeichen zum Download bereit.

Material, das in Deutschland streng verboten ist, kann via Thulenetzen bequem ins heimische Wohnzimmer geholt werden. Kottcke hilft auch beim Auffinden von holocaustleugnenden „Dokumenten“: Ein Link führt zum „Bürgerforum Europa“, von Kottcke als „Patrioten in Österreich“ charakterisiert. Hier liegen die wohl härtesten Texte zum Thema Auschwitz-Lüge, die das deutschsprachige Internet derzeit bereithält: Auf einer Web-Seite „für zeitgeschichtliche Richtigstellungen und Korrektur des Gaskammerschwinds“ heißt es wörtlich: „Mit Zyklon-B ist und war eine ‚Vergasung‘ von Menschen nicht möglich.“

Friedrich Dorn

(Der Beitrag ist bereits in dem Monatsmagazin CHIP, Ausgabe März '97 erschienen.)

HINWEIS

Gefährliche Esoterik

Esoterische Heilslehren erfreuen sich nach wie vor ungebremsster Konjunktur. Die Tradition der Esoterik im Irrationalismus, ihre partielle Nähe zur NS-Ideologie sowie die durch sie bewirkte Entpolitisierung vieler Menschen zeigen jedoch auch, daß es sich hier um ein ernstzunehmendes Phänomen handelt. So gibt es immer wieder Verbindungen der New Age- und Esoterikszene zu neugermanisch-heidnischen Gruppierungen und damit auch zum rechtsextremistischen Lager. Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung und die Gesamthochschule Kassel wollen auf einer Fachtagung am 23. April 1997 mit dem Titel „Zwischen Esoterik und Rechtsextremismus“ auf solche Gefahren hinweisen. Referieren werden auf der Veranstaltung neben dem Leiter der Gesamthochschule Kassel Thomas Ewald die zum Thema Rechtsextremismus versierten Journalisten Rainer Fromm und Franziska Hundseder.

Ort: Philipp Scheidemann Haus, Holländische Straße 72-74, 34127 Kassel, Tel. 0561 / 8943 92.

Info: Thomas Ewald, Gesamt-Volkshochschule Kassel, Tel. 0561 / 7874063; Fax. - / 7877013.

Gescheiterte Solidaritätskampagne **Neonazis bleiben im Lande**

In der aktuellen Ausgabe der Neonazi-Postille „Freie Stimme“ (Bad Berleburg, Nr. 10/11) teilt ein Andries Walus (Antwerpen) seinen Gesinnungsgenossen die Auflösung der „Interessengemeinschaft >Volksstaat<. Deutscher Freundeskreises der AWB“ mit.

Die „Interessengemeinschaft >Volksstaat<. Deutscher Freundeskreises der AWB“ wurde 1995 gegründet, um den südafrikanischen Kameraden der militanten und rassistischen „Afrikaner Weerstandsbeweging“ (AWB), geführt von Terre Blanche, „wirkungsvolle Hilfestellung im Streit um ihr Recht“ zu geben und auch finanziell zu unterstützen. Diese haben 1994 den „Dritten Burenkrieg“ ausgerufen, mit dem Ziel, einen weißen Volksstaat herbeizubomben. Ein Ziel, mit dem sich auch deutsche Terroristen vor Ort - wie der aus Recklinghausen stammende Wilhelm Friedrich Ratte oder der aus Nierendorf stammende Horst Klenz, bis 1994 „Boß der Söldner von Pretoria“ (Hamburger Morgenpost) identifizieren konnten.

Doch außer vereinzelt auftretenden deutschen Neonazi-Söldnern beschränkt sich die Unterstützung durch hiesige Gesinnungskameraden auf ritualisiertes Handeln - wie z.B. Demonstrationen. „Nicht ein einziges Mal“ konnten, wie Walus beschämt in der „Freien Stimme“ schreibt, aus Mitgliedsbeiträgen stammende Gelder nach Südafrika überwiesen werden.“ Stattdessen mußten, wie seit Jahren in den HNG-Nachrichten praktiziert, säumige Zahler mittels einer „Schwarzen Liste“ an ihre Mitgliedsbeiträge (monatlich 5 Mark) erinnert werden. Mitglieder wurden neben Deutschland, auch in Belgien und den Niederlanden rekrutiert. Größere Gruppen sollen in Deutschland in den Städten Koblenz und Mönchengladbach bestanden haben. Der Verfassungsschutzbericht Brandenburg 1995 berichtet, daß der AWB ein Verbindungsbüro in der Bundesrepublik eingerichtet habe.

Noch vor der Wahl Nelson Mandelas zum neuen Präsidenten der Republik Südafrika am 9. Mai 1994, führten Neonazis am 12. März 1994 eine nicht genehmigte Demonstration vor der südafrikanischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg durch. In einer per Telefax an die „Systempresse“ ver-

schickten Erklärung hieß es, man habe mit der Demo auf die Ermordung von drei AWB-Kameraden durch „negroide“ Militärpolizisten im Staat Nelson Mandelas reagiert. Die Neonazis unter Führung von Norbert Weidner (Ex-Aktivist) und Thorsten Heise skandierten Sprüche wie „AWB und FAP - die Verbindung ist o.k.“

Im folgenden Jahr, am 14. Februar 1995, so berichtete das Nationale Infotelefon Rheinland, marschierten Mitglieder der FAP und des Deutschen Freundeskreises der AWB auf dem Bonner Nordfriedhof auf.

Verstärkte Aufmerksamkeit erfährt nach dem Ende des „Volksstaat-Kuriers“ möglicherweise das Blättchen „Volkstaat“, das ein Heinrich Lindner im November 1995 gegründet hat. Er berichtet aus Publikationen burischer Parteien und veröffentlicht Kontaktadressen. Geneigte Leser für sein Blättchen suchte Lindner per kostenloser Kleinanzeige in „Europa Vorn“.

Die geringe Mitgliederzahl, die zur Auflösung der „Interessengemeinschaft >Volksstaat<. Deutscher Freundeskreises der AWB“ führte, erklärte Walus damit, „daß die meisten Kameraden mittlerweile die Mitgliedschaft in Organisationen ablehnen und lieber in autonomen Gruppen arbeiten oder den politischen Kampf in Südafrika als zu weit entfernt“ betrachten. Dem letzten Punkt hielt die Führung der „Interessengemeinschaft >Volksstaat< in einem zuvor verbreiteten Aufruf noch entgegen, „daß unser Feind auf internationaler Ebene agiert. Demzufolge sehen wir uns genötigt, unseren Gegner international entgegenzutreten.“

Der Nachruf auf die „Interessengemeinschaft >Volksstaat<“ in der Postille „Freie Stimme“ deutet darauf hin, daß dieser im Neonazi-Spektrum eine immer größer werdende Rolle zugeschrieben wird. Schon seit einigen Ausgaben fungiert sie quasi als Mitteilungsorgan der quer über Deutschland verstreuten „Kameradschaften“. Kontoinhaber der „Freien Stimme“ ist Thomas Kubiak, der als Kopf der von Thomas Fink (28. Mai 1967 - 1. August 1992; u.a.: Aktivist in der FAP und der NPD, Führer der „Bismarck-Jugend“, der Jugendorganisation der „Deutschen Freiheitsbewegung“ >DDF<) 1991 gegründeten „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF) gilt. Kubiak ist bereits mehrfach gerichtlich in Erscheinung getreten, u.a. wurde im April vergangenen Jahres wegen unerlaubtem Waffenbesitz gegen ihn verhandelt.

Anton Maegerle

CHRONOLOGIE

Auf den Spuren eines Alt-Nazis

Der kürzlich verstorbene Thies Christophersen war nicht irgendein Ewiggestriger - er war eine schillernde Figur im nationalen wie internationalen Nazi-Netzwerk. Als vermeintlicher „Augenzeuge“ in Auschwitz und mit seiner 76seitigen Veröffentlichung „Die Auschwitz-Lüge“, die - trotz Verbotes - in mehreren Sprachen über 100 000 mal abgesetzt wurde, war er der „Vorzeige-Revisionist“ aller Holocaust-Leugner, von Ernst Zündel bis hin zum kleinen Jung-Neonazi auf der Straße. Er hatte weitreichende Verbindungen, und erst in den letzten Jahren ging sein „Stern“ im Lager der Rechtsextremisten ein wenig unter. Der „blick nach rechts“ zeichnet chronologisch - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - den Werdegang Thies Christophersens (TC) nach:

1918 - Am 2.01. in Kiel geboren;
1931 - Mitglied im Dt. Jungvolk;
1933 - Übergang zur Hitlerjugend;
1943 - Hochzeit am 20.04. (Führers Geburtstag!) mit Edith;
1944 - Jan. bis Dez. SS-Sonderführer im Auschwitz-Nebenlager Raisko; nach eigenen Angaben verantwortlich für den Pflanzenschutz;
1945 - Übernahme des vom Vater geerbten Bauernhofs Kälbersteen in Mohrkirch (Kreis Schleswig-Flensburg);
50er u. 50er Jahre - Mitgliedschaft in der CDU, DP (Deutsche Partei) und NPD; letztere verließ er, da sie ihm zu demokratisch war (lt. „Bauernschaft“ 1/75);
1968 - Veranstalter eines Bauerntribunals in Bad Oldesloe, Geschäftsführer bei der „Notgemeinschaft Dt. Bauern“;
1969 - „Die Bauernschaft“ erscheint im ersten Jahrgang - fortwährend vierteljährlich;
1971 - Herausgeber der Reihe „Kritik - die Stimme des Volkes“ (Kritik-Verlag);
1972 - Gründung der Bürger- und Bauerninitiative (BBI). Auf der „documenta“ in Kassel Protest mit einer Fuhre Mist gegen „Entartete Kunst“ (mit Manfred Roeder);
1973 - Erstellung der „Auschwitz-Lüge“ (Vorwort Roeder). Erstmals leitet die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen TC ein;
1974 - TC randaliert mit Roeder in West-Berlin gegen eine polnische Auschwitz-Ausstellung

(26.April). Veranstaltung mit dem Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes in Molfsee. Treffen der Europäischen Neuordnung (ENO) mit TC in Lyon im Dezember;

1975 - Österreich erteilt TC für fünf Jahre Einreiseverbot (1.Mai). ENO-Treffen in Straßburg (Mai). Eröffnung eines „Nordwind“-Buchladens in Kiel. Treffen zum verbotenen Reichstag zu Flensburg am 23. Mai (mit Roeder, Poul Heinrich Riis Knudsen/DK und Hans Christian Pedersen/DK). Veranstaltung der WUNS (Weltunion der Nationalsozialisten) mit TC in Aarhus/DK (Juni);

1976 - Das Landgericht Flensburg verurteilt TC zu einer Geldstrafe wegen verbotener NS-Propaganda (Dezember);

1977 - Erstmals Rechtsbeistand durch Jürgen Rieger. TC besucht Veranstaltung der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke in Schleswig;

1978 - Verurteilung in Flensburg zu vier bzw. sechs Monaten Haft auf Bewährung. Einziehung der „Auschwitz-Lüge“ wird angeordnet. Die Schweiz verhängt Einreiseverbot gegen TC;

1979 - Reise nach Kanada (mit und bei Ernst Zündel) sowie USA (mehrere Veranstaltungen); Treffen dort mit WUNS-Führer Matt Koehl. Das Landgericht Flensburg verurteilt TC zu neun Monaten Haft auf Bewährung;

1981 - Prozeß gegen TC vor dem Landgericht Flensburg. TC flüchtet nach Belgien und legt sich das Pseudonym „Paulsen“ zu;

1983 - Festnahme an der dt.-belgischen Grenze;

1984 - Haft bis zum 15. Aug. in Neumünster und Flensburg. Verurteilung durch das Landgericht Flensburg zu acht Monaten Haft auf Bewährung;

1986 - TC entzieht sich Prozeß vor dem Flensburger Landgericht durch Flucht nach Kollund. Das Landgericht Flensburg verurteilt TC in Abwesenheit zu acht Monaten Haft ohne Bewährung;

1987 - TC verlegt seinen Kritik-Verlag nach Lausanne zu Gaston Armand Amaudruz (selbst Autor im Verlag); inzwischen sind 14 von 29 Titeln der Verlagsreihe in Deutschland verboten. Die in Kollund entstehende „Bauernschaft“ wird beim Nordland-Verlag in Aalborg/DK vertrieben. Das Heft gelangt durch Schmuggel in den Umlauf nach Deutschland und anderswo (über die Fördeschiffe oder per PKW u.a. durch Ehefrau Edith);

1988 - TC bekommt in zwei Instanzen das Bleibe-recht in DK zugesprochen; die dänische Justiz lehnte damit ein Ersuchen der dt. Behörden um Auslieferung ab (Anwalt von TC: J. Rieger). TC erhält Ladung nach Kanada als Zeuge im Prozeß des angeklagten E. Zündel;

1989 - Teilnahme an Gedenkfeier von Neonazis in

Madrid zum 100. Geburtstag von A. Hitler. Zur Revisionistentagung im elsässischen Hagenau erscheint TC aus Angst vor Festnahme nicht persönlich sondern auf Video;

1990 - Mitglieder der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ und Gary Rex Lauck sowie TC treffen sich in Kollund;

1991 - Die „Remer-Depesche“ erscheint in Kollund durch Nachdruck (Nordwind). TC besorgt sich durch Anmelden eines Scheinohnsitzes im baden-württembergischen Ehningen (bei Helga Jacob) einen neuen Reisepaß;

1992 - „Auschwitz-Lüge“ wird auf Video vertrieben. TC nimmt an internationalem Revisionisten-Kongreß in Antwerpen teil;

1993 - Die Staatsanwaltschaft läßt die internationalen Bankverbindungen von TC beschlagnahmen und auflösen. Die „Bauernschaft“ wird in Brighton/GB bei Anthony Hancock gedruckt, fer-

ner bei „Kölle-Druck“ in Preußisch-Oldendorf;

1994 - Druck der „Bauernschaft“ in Belgien bei Siegfried Verbeke, „Quickprint“. TC räumt sein Quartier in Kollund;

1995 - TC übergibt die „Bauernschaft“ in die Hände von Ernst Zündel (Kanada), der Buchversand und -vertrieb läuft über Flensburg. TC selbst zieht zu Ole Pedersen nach Gundbjerg/Fünen (SS-Freiwilliger), von dort nach Ostende und Lüttich/Belgien, kehrt nach Deutschland zurück und begibt sich dann in die Schweiz;

1996 - Die Schweiz ordnet die Ausweisung für TC an, TC wechselt nach Spanien; von dort aus Rückkehr nach Deutschland;

1997 - TC wird am 31.1. in Molfsee bei Kiel verhaftet, erhält Haftverschonung. Am 13.2. verstirbt TC in Kiel.

Zusammenstellung: Horst Freires

Keine Berührungängste

Viöl - Vor wenigen Wochen erschien im „Hutten-Verlag“ der Sammelband „Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten. Gesinnungsdiktatur in Deutschland?“. Herausgeber des Machwerkes („Dieses Buch ist eine Kampfansage gegen die wachsende deutschfeindliche Gesinnungsverfolgung“) ist der 46jährige Rechtsextremist Rolf-Josef Eibicht. Zu den rund drei Dutzend Autoren zählen Mitglieder der NPD, darunter der Vorsitzende Udo Voigt (45), und des revanchistischen „Witikobundes“ wie der Lektor des rechtsextremistischen „Grabert-Verlages“ Dr. Rolf Kosiek (62), ebenso Prof. Helmut Schröcke (76), Prof. Richard Eichler (65), Dr. Alfred Ardel (65), Dr. Harald Kindl (73) und Karl-Heinz Sendbühler (39). Vertreten sind weiterhin Revisionisten wie Alfred Schickel (64) und Neonazis wie Rechtsanwalt Jürgen Rieger (50) und Manfred Roeder (68). Daneben ist auch der 64jährige Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer mit einem „Geleitwort“ („Ein Beitrag zur überfälligen Normalisierung unserer Selbsteinschätzung“) und einem Beitrag („Der Fall Heitmann“) in dem 657 Seiten starken Band zu finden. Der SPIEGEL zitiert den Union-Rechtsaußen Lummer mit dem Hinweis, er finde es „nicht erheblich, neben wem ich erscheine, sondern was ich schreibe“. Verleger des Sammelbandes ist Roland Bohlinger (59), der auch Eigentümer des „Verlages für ganzheitliche Forschung und Kultur“ ist.

Neue Heiden im Visier

Bonn - Die SPD-Abgeordneten Iris Follak, Klaus Barthel, Cornelia Sonntag-Wolgast, Christine Lucyga und Siegfried Vergin haben die Bundesregierung erneut über mehrere Gruppierungen aus dem neugermanisch-heidnischen Bereich befragt, auf die die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion (Drucksache 13/5434) nicht eingegangen war. Unter Berufung auf den Artikel im „blick nach rechts“ (Nr.2/1997, „Götter und Germanen“) wollen die SPD-Parlamentarier von der Bundesregierung nun wissen, welche verfassungsschutzrelevanten oder sonstigen Erkenntnisse ihr mittlerweile über Organisationen u.a. wie den „Armanen-Orden“, die „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas“, das „Collegium Humanum“, die „Germanische Glaubensgemeinschaft“ oder die „Deutschgläubige Gemeinschaft“ vorliegen. Ebenfalls wurde gefragt nach der „Vandalen-Ariogermanischen Kampfgemeinschaft“ (gegründet von dem Neonazi-Funktionär Priem), über die die Bundesregierung seinerzeit ebenfalls nichts zu sagen wußte und bei der der unlängst wegen Polizistenmordes u.a. verhaftete Neonazi Kai Diesner laut Presseberichten Mitglied gewesen sein soll. In ihrer Antwort auf Fragen des SPD-Abgeordneten Siegfried Vergin nach dem Umfeld des Neonazis Kai Diesner hat die Bundesregierung jetzt zugegeben, daß Kontakte Diesners zur „Nationalen Alternative“, zur FAP sowie zu „weiteren Berliner Neonazis bekannt geworden“ seien.

Kindersex im Internet

Skinheads machen Politik

Das zur Zeit in allen Medien hochgehandelte Thema „Kinder pornos im Internet“ mußte dafür herhalten, daß eine Gruppierung mit rechtsextremem Einschlag sich mit einer Informationsveranstaltung dazu profilieren wollte. Diese war sehr professionell vorbereitet worden. Die Gruppe nennt sich unverfänglich „Jugendgemeinschaft Rendsburg-Eckernförde“ (JG), die offiziell selbst nur über eine Postfachadresse in der nahe Rendsburg liegenden Gemeinde Fockbek verfügt. Dieser Zusammenschluß ist auch personell mit rechtsgesinnten Skinheads bestückt, wobei der diesbezüglich einschlägig in Erscheinung getretene Frank Drewes (23) - heute ohne Skin-Outfit - offenbar eine tragende Rolle zu spielen scheint. Drewes hatte 1992 zum 1. Mai zu einem überregionalen Skinheadtreff nach Büdelsdorf (Nachbargemeinde Rendsburgs) aufgerufen. Dort kam es dann zu Ausschreitungen mit der Polizei. Die JG informierte sich dann ungefähr ein Jahr später im Rahmen von Fußballspielen und -turnieren mit gleichgesinnten Skinheads.

Am 8. Mai 1995 verteilte die Gruppierung im Rendsburger Raum ein Pamphlet mit der Überschrift „Befreiung - von wem..., von was?“ Darin heißt es: „Wir wurden durch sogenannte Befreier mitten in der Stadt von unseren Armbanduhren, Eheringen und Geldbörsen befreit. Hätten wir uns nicht still gefügt, so wären wir auch noch vom Leben befreit worden. So, wie jene unzähligen Bürgerinnen und Bürger, die anlässlich der Befreiung brutal vertrieben, grausamst erschlagen, erstochen oder erschossen wurden.“

Die Polizei konnte im vergangenen Jahr zudem am „Tag der Deutschen Einheit“ (3. Oktober) einen von der JG bzw. Drewes geplanten „Marsch durch Rendsburg“ im Vorwege verhindern, wie der Leiter des Rendsburger Reviers, Karl-Friedrich Schwark, in einem Gespräch dem BNR versicherte, Kontakte der JG zu der ehemaligen Wikingjugend in Berlin sind ebenso bekannt.

Zum Jahresende 1996 ging bei den Bürgermeistern und Bürgervorstehern des Kreises Rendsburg-Eckernförde ein Schreiben der JG ein. Darin wird unter anderem um Stellungnahme der Kommunalvertretungen/-politiker zu Drogenproblemen

Jugendlicher und deren Ursachen gebeten. Als Nachsatz ist dem Brief angefügt: „Die JG handelt in keinem Auftrag einer Partei oder einer anderen Organisation.“ Eben dies ist strittig. Das Landesamt für Verfassungsschutz sieht da sehr wohl Zusammenhänge, wie diese bereits 1993 für den Raum Rendsburg in der Broschüre „Skinheads in Schleswig-Holstein“ aufgeführt wurden.

Mit der populistischen „Kindersex“-Debatte trat die JG dann erstmals in großem Stil an die Öffentlichkeit. Sie mietete sich einen Saal im städtischen Bürgerhaus Büdelsdorf, schrieb Landespolitiker - per Einschreiben - zwecks Teilnahme an, bat mit einem moderaten Schreiben bei Geschäftsleuten um Spenden dazu (ein Geschäftsmann gab 200 Mark), verteilte Flugblätter, sorgte für Aushänge, wandte sich per Telefax an Medienvertreter und kündigte großspurig die Einladung an die Ministerpräsidentin Heide Simonis sowie an den Innenminister Ekkehard Wienholz (beide SPD) an. Der Einladung zu der Veranstaltung unter dem Titel „Weg mit dem Dreck aus dem Internet“ folgten gutgläubig mehrere Landtagsabgeordnete. Unter den 80 meist dem politisch rechten Lager zuzurechnenden Besuchern war auch der dem Bundesvorstand der DLVH angehörende Ingo Stawitz (Uetersen). Die Beiträge aus dem Zuschauer/-hörerkeis bewegten sich meist auf dem Niveau „Kinderschänder = Todesstrafe“.

In Rendsburg kam jetzt auch wieder die Diskussion zum derzeit noch laufenden, aber im Sommer endenden Streetworkerprojekt mit gewaltbereiten rechtsgerichteten Jugendlichen auf. Das vor drei Jahren mit hauptsächlich Landesgeldern gestartete Projekt - ähnliche laufen in Lübeck und im Raum Mölln/Geesthacht - unterliegt der kirchlichen Trägerschaft, hat aber bisher keine Perspektive auf Fortsetzung, da die Folgefinanzierung nicht steht. Experten befürworten vehement die Fortsetzung der Streetwork-Tätigkeit, auch die örtliche Polizei schlägt in die Kerbe. „Endet dieses Projekt, dann knallt es hier wieder gewaltig“ befürchtet Revierleiter Schwark und gründet seine Vermutungen aus der Vergangenheit, als es in den Jahren 1990 bis 1995 regelmäßige Gewaltexzesse aus diesem Personenkreis in Rendsburg und Umgebung zu beklagen gab. Meist hieß es nach „Koma-Saufen“ dann „Zecken klatschen“ (mit Ausländern gab es weniger Konflikte), so Schwark. Ein regelrechter Kleinkrieg entstand in der Stadt. Zuletzt hat es 1995 in Büdelsdorf ein größeres überregionales Treffen mit 170 Skins und Neonazis gegeben.

D.H.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Rechtsextremistische
Periodika in 1997**

„Nation+Europa“(NE)-47.Jg.Nr.3/97;
Getreu der eigenen Überzeugung, daß „immer mehr Menschen in diesem Land nach einer Publizistik suchen, in der nicht gegen, sondern für Deutschland geschrieben wird“, zieht NE in der jüngsten Ausgabe gegen die liberal-konservative Bundesregierung zu Felde: Kanzler, was nun? - Mit Kohl in den Bankrott: Kanzlerdämmerung (Autor Neubauer) wird lauthals angeklagt. Dabei werden Bevorzugung der „Ausländer und Asylananten“ den Versäumnissen und Wortbrüchen gegenüber Inländern gegenübergestellt - Arbeitslosigkeit, Rente, Haushaltsmisere, Einführung des Euro, Bevorzugung der „Habenichtse“ sind die Themen, die mit harten Worten und der Absage an alle demokratischen Parteien garniert sind: Der Mann aus Oggersheim redet Unsinn - Schneisen materieller und moralischer Verwüstung, die die ... Regierungen Kohl ... durch Deutschland getrieben haben. Bleibt die Überzeugung, daß alles besser wird, wenn sich denn die Rechte gesammelt haben wird. Durchgängig wiederum das Jammern über „political correctness“, die ungerechte Behandlung des NS, „das Recht, von Auschwitz nichts mehr zu hören“ (Schönhuber). Pikanterweise wird dies exemplifiziert an „Deutschlands populärstem Trinker“, Harald Juhnke: „Unter normalen Menschen“ werde, „was ein Volltrunkener lallt, nicht ernstgenommen, hier lauert man sehnsüchtig nach jedem Rülpsen, der sich nach untotem Adolf anhört“. Kritisiert wird, garniert mit dem positiven Urteil Adenauers über die Waffen-SS, die „bei SPD, FDP und Grünen, aber auch Teilen der Union (Friedmann & Co.)“ geplante Streichung von Renten für Kriegsverbrecher.

„Junge Freiheit“(JF)-12.Jg., Nr.8-11/97;
Begrüßt wird der Wahlsieg der rechtsextremen „Front National“ im südfranzösischen Vitrolles als „Ventil für die Meinung des Bürgers“. Befragt wird auch gleich die neue FN-Bürgermeisterin von Vitrolles, Catherine Mégret, bereits durch ausländerfeindliche und rassistische Äußerungen ins Gerede gekommen, die allerdings hinsichtlich ihrer künftigen Politik lieber ihren Stellvertreter Hubert Fayard, seines Zeichens die rechte Hand von FN-Chefideologe und Ehemann Mégret, ant-

worten läßt (8/97). Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler sieht bezüglich der geplanten Osterweiterung der NATO die Bundesregierung von den USA und Frankreich getrieben (8/97). JF-Chefredakteur Dieter Stein beklagt die „vorherrschende ‘anti-rechte’ politisch-kulturelle Hegemonie“ in deutschen Landen, die Rechte brauche keine Strategie sondern Argumente (8/97). Den vermutlich von Skinheads verursachten Tod eines Punkers in Magdeburg bewertet die JF als Indiz für den gesellschaftlichen Werteverfall, der Jugend mangle es an Vorbildern (9/97). Rüdiger Proske, selbst Kriegsteilnehmer, Autor einer in rechten Kreisen gehandelten Schrift „Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken“, darf im Interview seine Position gegen die Wehrmachtsausstellung dartun (9/97). Im Fall des Ex-Neonazis Ulli Boldt, der angeblich nichts mehr mit rechtsextremistischen Kreisen zu tun hat und der mittlerweile aus der brandenburgischen CDU ausgeschlossen wurde, wähnt die JF die Hände des Verfassungsschutzes im Spiel. Des weiteren Versuch der Ehrenrettung für den wegen rechtsextremistischer Umtriebe ins Visier von Staatsanwaltschaft und Medien geratenen „Pfadfinderbund Süd“ (9/97). Empörung über die Wehrmachtsausstellung, die „eine durchsichtige Kampagne gegen das eigene Volk“ und eine „Instrumentalisierung der Opfer“ sei, wobei die „neuen Demagogen“ das Thema vorgeben und andere unkritisch folgen würden (10/97). Bruno Bandulet, „Bund Freier Bürger“, polemisiert wieder einmal gegen den Euro (10/97). Geschichtsrevisionist Alfred Schickel untermauert seine Version vom Zustandekommen des Münchner Abkommens von 1938 mit Archivfunden (10/97). Die JF erscheint ab sofort in einem spritzigeren Gewand, Chefredakteur Dieter Stein erklärt die Neuerungen und wie die Werte Leserschaft was und wo finden kann (11/97). Die bisher im Kulturteil versteckte Kolumne ist nun auf Seite 1 plaziert und diesmal von BFB-Brunner gefüllt, der den NRW-Verfassungsschutz indirekt mit der Stasi gleichsetzt. Im Leitartikel wird rechtspopulistischen Parteien Problemlösungskompetenz unterstellt; auch in Deutschland entwickle sich ein Protestwählerpotential, nur leider fehle der deutsche Haider - Hoffnungsträger wäre für die JF ein Gerhard Schröder von rechts. Offensichtlich nicht ohne Sympathie für die Münchner Rechtsextremisten-Demo vom 1. März hat die JF einschlägigen Kreisen ein Forum zur Berichterstattung eingeräumt (11/97).

Tschechische „Republikaner“: Verbotsforderungen werden lauter **Unerwünschte Parlamentarier**

In der Tschechischen Republik wird seit mehreren Wochen heftig über Möglichkeiten debattiert, wie man extremistische Organisationen in ihrem „undemokratischen“ Handeln behindern könne. Anlaß der derzeitigen Diskussion war die Opposition einerseits der linksextremen „Komunistická strana Čech a Moravy“ (Kommunistische Partei von Tschechien und Moravien, KSCM) und andererseits der rechtsextremen „Sdružení pro Republiku - Republikánská strana Československa“ (Verein für die Republik - Republikanische Partei, SRP-RSC) gegen die unlängst verabschiedete deutsch-tschechische Aussöhnungs-Erklärung. Sowohl die Kommunisten als auch die „Republikaner“ betrachten das Abkommen, insbesondere die Entschuldigung der Tschechen, als einen Verrat an den tschechischen Interessen.

Es waren vor allem die Aktivitäten der SRP-RSC und ihres Vorsitzenden, des 47jährigen Dr. Miroslav Sladek, die die Diskussion über schärfere Repressionen hervorriefen. Als am 21. Januar der tschechische Premier Vaclav Klaus und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl das Abkommen im Prager Liechtensteiner Palast unterzeichneten, protestierten draußen einige hundert SRP-RSC-Anhänger dagegen. Sladek ließ dabei verlauten, daß die Deutschen umerzogen werden müßten und die Geschichte bewiesen habe, daß es zu wenig tote Deutsche gab. „Wir können nur bedauern, daß wir zu wenig Deutsche getötet haben“ (während des Krieges) sagte er wörtlich. Bei der Behandlung des deutsch-tschechischen Abkommens durch das Parlament sorgte die SRP-RSC-Fraktion insbesondere durch ihre Taktik der Verzögerung mit überlangen Redebeiträgen für Ärger.

„Weg führt durch das Gefängnis“

Wegen der antideutschen Äußerungen von Sladek stimmte das 200köpfige Parlament mit 94 zu 66 Stimmen dafür, dessen parlamentarische Immunität aufzuheben und so den Weg für eine mögliche Strafverfolgung freizumachen. Am selben Tag wurde auch die parlamentarische Immunität zweier Parteifreunde Sladeks, Josef Krejza und Rodolf

Smucr, aufgehoben, die der Störung eines deutsch-tschechischen Gedenktreffens im Jahr 1994 im ehemaligen KZ Theresienstadt beschuldigt werden. Bereits am 25. Juni 1995 war dem Fraktionsführer der „Republikaner“, Jan Vik, wegen Fälschung und Stimmungsmacherei die Immunität entzogen worden (siehe BNR 1/96). Auch andere führende Funktionäre hatten schon Kontakt mit den Ordnungshütern. Am 22. Januar dieses Jahres stürmte die Polizei auf der Suche nach Lubomir Votava, eines Assistenten von Sladek, der wegen Körperverletzung eines Journalisten gesucht wurde, die Parteilokale. Sladek selbst ist seit Jahren permanent in Gerichtsverfahren verwickelt. Beispielsweise wurde er im Dezember 1995 wegen der Attacke gegen einen Beamten und Ordnungsstörung bei der Feier des 76. Geburtstags der Tschechoslowakei zu einer Haftstrafe von zehn Monaten verurteilt, ausgesetzt für 18 Monate. Angeklagt war Sladek schon mehrfach wegen hetzender und beleidigender Äußerungen gegen Deutsche und Roma oder den tschechischen Staat und seiner Repräsentanten (u.a. Präsident Vaclav Havel).

Obwohl die SRP-RSC mit acht Sitzen im Parlament vertreten ist, nimmt die Repression gegen die Partei zu. Verschiedene prominente Persönlichkeiten haben in den vergangenen Monaten bei Präsident Havel auf ein Verbot der SRP-RSC gedrängt. Havel selbst ist schon seit Jahren einer der vehementesten Kritiker der „Republikaner“ und plädierte mehrfach für eine Verschärfung des Rassismusesgesetzes. Derzeit will der tschechische Präsident noch nicht zu einem Parteiverbot aufrufen, da im Gegensatz zu den Reden der einzelnen Parlamentarier die offiziellen Publikationen und Dokumente der Partei frei von Rassismus sind. Innerhalb der Bevölkerung halten sich die Gegner und Befürworter eines Parteiverbots in etwa die Waage. Ob es in der (nahen) Zukunft zu einem Verbot kommen wird, kann von der Partei wahrscheinlich nicht mehr beeinflußt werden. Es gibt heute nur mehr wenige ausgesprochene Gegner eines Verbots, vor einigen Jahren hatte Premier Klaus sich noch deutlich dagegen ausgesprochen, die SRP-RSC (und die KSCM) zu verbieten, und eine aktive und wachsende Schar von Verbotsanhängern kann mit der offenen Sympathie Havels rechnen. Sladek selbst reagiert eher gelassen auf den zunehmenden Druck. In einem Interview meinte er, und verwies dabei auf die mehrfache Inhaftierung Vaclav Havels während des kommunistischen Regimes, daß der Weg zur Prager Burg nur durch das Pankrac Gefängnis führe.

Petr Kopecky/Cas Mudde

BÜCHERSCHAU

**Gott bewahre
Amerika**

„Das Paradigma des über die Wahlen von 1996 hinausreichenden politischen Wandels in Amerika könnte man Restauration nennen“ (S.21) - von dieser Annahme ausgehend untersucht Claus Leggewie die politische Entwicklung der mit Ronald Reagans Wahl zum Präsidenten 1980 in den USA einsetzenden „konservativen Revolution“. Der seit 1996 am Center for European Studies der New York University lehrende Politikwissenschaftler will in seinem sehr empfehlenswerten Buch „America first? Der Fall einer konservativen Revolution“ die Ziele und Methoden der US-amerikanischen Variante des (Neo-)Konservatismus beschreiben. Leggewie beschäftigt sich mit Begriff und Praxis dieser „konservativen Revolution“, den historischen Strömungen und aktuellen Widersprüchen der US-amerikanischen Rechten und der Zukunft des modernen, bürokratischen Zentralstaats. Damit zusammenhängende Aspekte behandelt der Autor allerdings nicht gesondert in systematischer Form, sondern integriert sie in die Portraits der jeweiligen Protagonisten: Newt Gingrich und die republikanische Revolution, Bob Dole und das konservative Zentrum, Ross Perot und die extreme Mitte, Pat Buchanan und die radikale Rechte, die paramilitärische Rechte der Militias, Ralph Reed und die religiöse Rechte sowie die (neo-)konservativen Intellektuellen. Das gemeinsame Feindbild ist - für das deutsche Politikverständnis von Konservatismus vielleicht überraschend - der starke Bundesstaat, das „Big Government“. Ihm wird im Diskurs der US-amerikanischen „konservativen Revolution“ aus föderalistischen, marktliberalen und/oder populistischen Motiven heraus Inkompetenz und Schwerfälligkeit, Steuergeldverschwendung und Zentralismus vorgeworfen, wobei die diesbezügliche Agitation an die Aversion der „einfachen Leute“ gegen Washingtons politische Eliten anknüpfen kann. „Hauptziel des konservativen Restaurationsprojekts ist“, so Leggewie, „die Korrektur“ der „alten, ‘natürlichen’ Proportionen

und der ihnen zugrundeliegenden ‘Selbst-ist-der-Mann’-Mentalität“ (S.56). Angesichts des politischen Siegeszuges dieser Auffassungen in den letzten Jahren und der Hinwendung der Demokraten unter Clintons Präsidentschaft zu neoliberalen, marktideologischen und (sozial) staatsfeindlichen Auffassungen meint der Autor wie manche US-amerikanische Linken, „sie hätten 1996 einzig die Wahl zwischen Right und Far Right gehabt“ (S.24).

Claus Leggewie vermittelt in seinem neuesten Buch ein anschauliches und informatives Bild von der politischen Entwicklung einer „konservativen Revolution“ in den USA. Dabei wählt er eine metaphorndurchsetzte, saloppe und unterhaltsame Sprache, die den inhaltlichen Zugang zu einzelnen Aspekten ebenso erleichtert, wie in den Text integrierte Schaubilder und Typologien. Hinzu kommt, daß der Autor selbst USA-Neuling ist und sich von daher gut in den ins Thema erst einsteigenden deutschen Leser hineinversetzen kann. Leggewie weist denn auch immer wieder auf Unterschiede zwischen der US-amerikanischen und der deutschen politischen Kultur hin und macht so die politische Entwicklung in den USA besser nachvollziehbar. Dies gilt etwa für die Auffassung gegenüber dem Staat: Während die deutschen Konservativen ihn (bis auf die sozialstaatliche Komponente) bejahen, gar einen betonten Etatismus vertreten, bestehen bei den US-amerikanischen Konservativen starke Vorbehalte gegenüber dem „Big Government“. Problematisch ist allerdings, daß die Sammelbezeichnung „konservative Revolution“ sehr weit gefaßt ist. Leggewie zählt dazu Dole und Gingrich, die nicht die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates ablehnen, ebenso wie Buchanan und Reed, die zumindest ein gespanntes Verhältnis dazu haben ebenso wie die fundamentalistischen Polit-Sekten und gewalttätigen Milizen, die eindeutig die Spielregeln der Demokratie ablehnen. Trotz ideologischer Gemeinsamkeiten bestehen doch hinsichtlich der politischen Absichten und Handlungsweisen gravierende Unterschiede, die auch eine terminologische Differenzierung nötig machen.

Armin Pfahl-Traugheer

Claus Leggewie, America first? Der Fall einer konservativen Revolution, Frankfurt/M. 1997 (Fischer), 319 S., 19,90 DM

Tagebuch

Bad Dürkheim - Mit Datum vom „12.02.3797 n. (ach) St. (onehenge)“ hat Jürgen Rieger für den 5. und 6. April zu einem „Gemeinschaftstag“ der von ihm geführten „Artgemeinschaft. Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung“ eingeladen. Das Treffen findet in der Nähe des rheinland-pfälzischen Weinortes Bad Dürkheim statt, wo auch das größte Faß der Welt von den germanischen Recken bestaunt werden kann. Organisiert wird das Treffen von Hans Jürgen Hertlein („Der Wald - Mythos und Wirklichkeit“), der als Referent auch bei der 6. Hetendorfer Tagungswoche (Juni 1996) zugegen war. Neben Hertlein sind als Referenten Wielant Hopfner („Tod der Kirche - Kirche des Todes“) und Rudolf Gabriel („Rheingold“), Mitgestalter der 4. Kulturtage (1995) des „Kulturwerkes Österreich“, angekündigt.

Berchem (Belgien) -Die Gaskammern im industriell betriebenen Vernichtungslager Auschwitz dienten „zur Desinfektion von Kleidern um Läuse zu vernichten - um damit Typhus zu verhindern und so Menschenleben zu retten!“ So nachzulesen in der 38 Seiten umfassenden Broschüre „Eine deutsche Antwort auf die Goldhagen- und Spielberglügen. Unterdrückte Tatsachen über Auschwitz und den Holocaust“. Zu beziehen ist das Machwerk bei der 1985 gegründeten belgischen „Stiftung Vrij Historisch Onderzoek“ („Freie historische Forschung“, die per Postfachadresse in Berchem (Flandern) erreichbar ist. Kopf der Stiftung ist der Holocaustleugner Siegfried Verbeke, ehemals Aktivist der neonazistischen Terrororganisation „Vlaams Militante Orde“. Bei Verbeke ist alles zu beziehen, was das revisionistische Herz höher schlagen läßt: von Robert Faurisson, Paul Rassinier, Udo Walendy, Thies Christophersen bis zu John C. Ball. Auch in der Bundesrepublik verbotene Bücher wie „Grundlagen zur Zeitschichte (German Rudolf) oder „Der Auschwitz-Mythos“ (Wilhelm Stäglich) können käuflich erworben werden.

Erfurt/München - Der Landesverband der „Republikaner“ in Thüringen hat mit Rüdiger Ziegler einen neuen Landesvorsitzenden. Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt: Matthias Ritter (Gera), Kurt Hoppe (Zella-Mehlis) und Heinz Schneider (Jena).

Die bayerischen „Republikaner“ haben den bisherigen Landesvorsitzenden Johann Gärtner in sei-

nem Amt bestätigt; stellvertretende Landesvorsitzende sind: Bärbel Bannert, Richard Graupner, Norbert Mitteldorf und Ottmar Wallner.

Erlangen - Thomas Hetzer (alias Alfred Tetzlaff), Initiator des Thule Mailboxnetzes und Sysop der Widerstand BBS (Erlangen), hat seinen Gesinnungskameraden mit Datum vom 5. März mitgeteilt, daß Jürgen Jost (alias Joschi; Elias BBS) und Thekla Kosche (alias Gothmag; Asgard BBS), die in Bad Segeberg einen Buchversand namens „Ald-ebaran“ (Geheimwissen-Politik-Esoterik) betreibt, mit sofortiger Wirkung vom Thule-Netz ausgeschlossen worden seien. Der Beschluß soll einstimmig gefällt und von allen Sysops der verbleibenden Thule-Boxen getragen werden. Als Grund des ELIAS-Ausschusses wurde u.a. genannt, daß in der Mailbox wiederholt Teilnehmern Zugriff auf das Netz gewährt wurde, ohne ihre Identität zu prüfen. Zum Ausschluß des Asgard BBS wurde angeführt, daß dessen Betreiberin gegen eine fundamentale Regel des Thule-Netzes: die Wahrung der Anonymität der Teilnehmer, verstoße. Die Maßnahmen gegen Jost und Kosche weisen darauf hin, daß die konspirative Abschottung des Thule MailboxNetzes zunehmend verstärkt wird. Gegen den Ausschluß von Jost und Kosche poltert mit scharfen Worten der Frankfurter NPD-Funktionär Ernst Marschall (zuvor: Pressereferent der Frankfurter REP). Marschall über Hetzer: „Die Bezeichnung >Netz-Stalinist< für ihn ist also als eine Ehrenbezeichnung zu verstehen!“.

Frankfurt - Das rechtslastige „Bürgerbündnis für Frankfurt“ (vgl. BNR 2/1997, S.5) konnte bei den Kommunalwahlen am 2. März in der Mainmetropole ein Ergebnis von 1,6 Prozent (= 4.023 Wählerstimmen) für sich verbuchen.

Fuldabrück (Kreis Kassel) - Im nordhessischen Fuldabrück fand am 8. März die jährliche Mitgliederversammlung der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e.V.“ (HNG) statt. Entgegen der ursprünglichen Ankündigung wurde das Treffen von rund 100 Rechtsextremisten nicht in „einer privaten Räumlichkeit im Raum Süd-Niedersachsen“ durchgeführt, sondern in der Gaststätte „Kupferkanne“ im nahen Nordhessen. Angekündigt war die Nachwahl eines Kassenprüfers und der Auftritt eines „bekannten Redners“. Nach einer Meldung der Frankfurter Rundschau soll Thomas Kubiak (26) von der „Sauerländer Aktionsfront“ das Treffen als „Hundeclub“ getarnt koordiniert haben.

Hamburg - Eine „Gemeinschaft freiheitlicher Schüler“ (GFS), hinter der der Hamburger Neonazi Jan Zobel (zeitweilig Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ in Hamburg) steckt, gibt ein 16seitiges Blättchen namens „Au Backe“ heraus, das zielgerichtet an Schülerinnen verteilt wird. Geworben wird für das Blatt per „Nationalem Infotelefon Hamburg“. In der aktuellen Ausgabe (Heft 2) wird u.a. gegen die gegen die EU polemisiert.

Kiel - Mit schlaun Sprüchen wie „Die aus der Ehe hervorgehenden Kinder sichern die Fortexistenz des deutschen Volkes, deshalb kann die Familie zurecht als die Keimzelle unseres Volkes bezeichnet werden“, warten die „Familienpolitischen Standpunkte“ des am 29. Oktober 1995 in Schneverdingen gegründeten „Republikanischen Bundes der Frauen“ (RBF; Jahresbeitrag: DM 30,-) auf. RBF-Vorsitzende ist Ingeborg Akkermann (Kiel), zugleich REP-Bundesvorstandsmitglied und Vorsitzende der REP-Küstenkonferenz, die als ständige Institution zur Koordinierung einer Zusammenarbeit der REP-Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen dienen soll. Pikant ist, daß dem RBF nach Eigenangaben auch rund 30 Prozent männliche REP-Mitglieder angehören. Männliche Mitarbeiter des RBF sind u.a. Wolfgang und Heinrich Lindinger und Wolfgang Wengle (alle: REP-Landesverband Bayern).

Köln - Erwin Scheuch (68), emiritierter Professor für Soziologie an der Universität Köln und schon seit Jahren als politischer Rechtsaußen bekannt (Vizepräsident des „Freien Deutschen Autorenverbandes“ (FDA), Referent beim „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW), zeitweilig Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des „Vereins zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM), Interviewpartner der „Jungen Freiheit“ und „Europa Vorn“, Erstunterzeichner des Appells „8. Mai 1945 - gegen das Vergessen“ und Kuratoriumsmitglied des Vereins „Bürger fragen Journalisten“), ist nach 25jähriger Mitgliedschaft aus der CDU ausgetreten. Wie die Illustrierte Focus zu berichten weiß, weint die rheinische CDU Scheuch nicht nach. So habe dieser seine Rolle als Parteienkritiker erst entdeckt, nachdem er sich vergebens um ein Bundestagsmandat bemüht hatte.

Leipzig/Stuttgart - Zur „Demonstration des nationalen Widerstandes“ in Leipzig rufen für den 1. Mai 1997 die NPD und ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) auf. Bundesweite Mobilisierung dazu will die JN über ihr nationa-

les Infotelefon in Düsseldorf und über das neonazistische Thule-Netz erreichen. Die Teilnehmer werden in einem Flugblatt aufgefordert, sich diszipliniert zu benehmen: „Bedenke, daß Du Deutscher bist und verhalte Dich entsprechend“. So sollen u.a. keine Uniformen oder auffällige Abzeichen getragen wie auch keine „vom System inkriminierten Fahnen, z.B. Reichskriegsflagge“ mitgeführt werden. Ebenfalls haben die Demonstrationsteilnehmer während der gesamten Aktion dem Alkohol zu entsagen.

München - Die Einstufung der „Republikaner“ als rechtsextremistische Partei ist rechtmäßig. Dies geht aus zwei unlängst ergangenen Beschlüssen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs hervor (Az.: 3 N 96.1087 und 3 N 95.3326). Erst im Oktober vergangenen Jahres hatte das Verwaltungsgericht München einen Antrag der „Republikaner“, die sich gegen ihre Einstufung als „rechtsextremistisch“ gerichtlich zur Wehr setzen wollten, zurückgewiesen.

München - Otto Schaile, Kopf des in München ansässigen Einmann-„Instituts für Politische Informationen“ sowie Vorsitzender der „Initiative politisch gebildeter Arbeiter und Angestellter“, der jüngst mit der Gründung einer „Franz-Josef-Strauß-Union“ scheiterte, verschickt im ganzen Bundesgebiet die neueste Ausgabe (4. Jahrgang) seiner ultrarechten „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ (Untertitel: „Stimme der Wahrheit - Anwalt der Deutschen). Allen im Bundestag vertretenen Parteien wirft Schaile eine „volksfeindliche“ Politik vor. Zur Wahl empfiehlt Schaile „denkfähige Deutsche“. Seine Leser forderte Schaile bei der Bundestagswahl 1994 zur „Zweitstimme für die Republikaner“ auf. Der Informationsdienst der rechtsextremen „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (DESG) befand über die Schaile-Postille: „Es handelt sich praktisch um eine Wahlkampfzeitung der Republikaner“.

München/Düsseldorf - Der rechtspopulistische „Bund Freier Bürger“ (BFB) des Manfred Brunner macht derzeit mittels Kleinanzeigen in Tageszeitungen wie der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und der „Welt“ mit Attacken gegen die Bundesregierung auf sich aufmerksam. Im Revanchistenblatt „Der Schlesier“ wirbt auch der Landesverband NRW des BFB für ein „Volksbegehren - Rettet die D-Mark“.

Preetz - Helmut Reichmann (Preetz), Bundesvorsitzender der am 9. November 1996 in Berlin gegrün-

Adresse:

deten Partei „Bündnis Deutschland“, in der sich abgehalfterte Polit-Recken zusammengefunden haben (Ex-Mitglieder der Parteien: „Aufbruch 94“, „Demokratische Erneuerung“, „Deutsche Soziale Union“ und „Freie Bürger-Union“), hat in einem Schreiben an Hans Bogon dessen „Initiative Vereintes Schlesien“ („Schlesien ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zurückholen“) zu einer Versammlung des „Bündnisses Deutschland“ am 24. Mai nach Magdeburg eingeladen. Dort soll über „ostdeutsche“ Probleme diskutiert und beschlossen werden. Das „Bündnis Deutschland“ versteht sich als „politisch-parlamentarischen Arm“ der „Deutschland-Bewegung“.

Siezenheim (Österreich) - Nach einer monatelangen Pause ist wieder eine Ausgabe des „Brauner Ausgucks“ von Karl Polacek (Siezenheim) erschienen. Einleitend befaßt sich der einstige FAP-Spitzenfunktionär mit dem Thema „Der Junge Nationalismus“. Als Speerspitze der Nation bewertet Polacek die „Skinheadbewegung“, die den „Kampf auf der Grundlage des >Politischen Guerillakrieges<“ führen würde. Schwerpunkt des Heftes ist - wie auch in den Ausgaben zuvor - die Dokumentation von Neonazi-Adressen aus der ganzen Welt. Aufgeführt ist u.a. der im bayerischen Neu-Ulm ansässige „Freiheitliche Volks Block“ (FVB), der bei der Rechtsextremisten-Demo am 1. März in München eine führende Rolle innehatte.

Starnberg (Obb.) - Nach einem Bericht in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ hat das Amtsgericht Starnberg das im Herbst 1996 in der Verlagsgemeinschaft Berg erschienene Buch „Geheimakte Gestapo-Müller. Dokumente und Zeugnisse aus den US-Geheimarchiven“ von Gregory Douglas beschlagnahmen lassen (Az.: 11 Js 4458/97). Gegen den Verleger Gert Sudholt und seine Frau sollen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet worden sein.

Stuttgart - Auf ihrem kürzlichen 2. ordentlichen Bundesparteitag führte die rechtsextreme „Deutsche Freiheits- und Arbeiterpartei“ (DFA) Vorstandswahlen durch. Der 69 Jahre alte DFA-Gründer Martin Pape wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. 1979 hatte Pape die 1995 verbotene neonazistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ gegründet und ihr über viele Jahre hinweg vorgestanden. Zu Papes DFA-Stellvertretern wurden Rudolf Jung und Mario H. Meurer gewählt. Jung gehörte bereits dem ersten Vorstand der rechten Kleinstorganisation an. Der 33jährige Theologe, so die eigene Berufsbezeichnung, Meurer kan-

didierete bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl im Oktober bzw. November des vergangenen Jahres in beiden Wahlgängen. Er landete auf dem 6. Platz bei insgesamt 39 Bewerbern. Ziel der DFA ist es, „mit anderen gemäßigten rechten Gruppen und Parteien Kontakt“, so der von Pape erstellte „Deutsche Standpunkt“, zu halten. Weiterhin ist geplant, „mehrere Landesverbände“ zu gründen. Neben der Durchführung von Vorstandswahlen wurde auch ein neues Programm verabschiedet.

Stuttgart - Bei der Jahreshauptversammlung des „Cannstatter Kreises“ trat der bisherige Vorsitzende Hans Manfred Roth (Jahrgang 1936), der auch FDP-Chef in Stuttgart-Bad Cannstadt ist, wenige Minuten nach seiner Wiederwahl von seinem Amt zurück und erklärte seinen Austritt aus der Vereinigung. Nach Angaben Roths, Autor und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, wurden Leute in den Vorstand gewählt, die er als rechtsextrem einstufte. Die „Rechtslastigkeit des neuen Vorstands“ sei für ihn „nicht akzeptabel“. Der „Cannstatter Kreis“ macht Front gegen den Euro und tritt für eine rigide Ausländerpolitik ein. Er entstand nach einem Streit um die Einladung des österreichischen Rechtsextremisten Jörg Haider durch die lokale FDP. Referenten bei Vortragsveranstaltungen des „Cannstatter Kreises“ waren neben Haider u.a. Alexander von Stahl und Alfred Mechttersheimer. Aktiv beim „Cannstatter Kreis“ ist auch Hans-Ulrich Kopp, der im letzten Jahr zum außerordentlichen Mitglied des Vorstandes bestellt wurde.

Wien (Österreich) - Die rechtslastigen „Freiheitlichen“ konnten sich bei den Kommunalwahlen im Bundesland Kärnten am 9. März mit einem landesweiten Ergebnis von 26,1 Prozent (+ 4,6 Prozent) nach der SPÖ an zweiter Stelle platzieren. Mit diesem Resultat liegt die Haider-Partei allerdings deutlich hinter dem Europawahlergebnis vom Oktober vergangenen Jahres mit 37,3 Prozent in Kärnten. Nach Vorstellungen der „Freiheitlichen“ soll die Arbeitslosigkeit in Österreich durch Ausweisung von 150 000 Ausländern in den nächsten zwei Jahren bekämpft werden. Dies erklärte Parteichef Jörg Haider gegenüber der Wiener Illustrierten „News“.